

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 1251
des Abgeordneten Norbert Schulze
Fraktion der DVU
Landtagsdrucksache 4/3111

Bauern beklagen hohe Ernteverluste bei Raps durch den Schädling Rapsglanzkäfer

Wortlaut der Kleinen Anfrage Nr. 1251 vom 27.06.2006:

Die neue Hiobsbotschaft für die brandenburgischen Bauern lautet „Rapsglanzkäfer“. Die Medien zitieren dabei den Landesbauernverband, der nach ersten Schätzungen von einem 30-prozentigen Verlust beim Raps ausgeht. Die größten Schäden sind in einem Streifen vom Landkreis Märkisch-Oderland bis zum Elbe-Elster-Kreis zu verzeichnen, wo mit Ausfällen zwischen 50 und 70 Prozent gerechnet wird. Gegen herkömmliche Pflanzenschutzmittel ist der Schädling resistent und neue Produkte sind noch nicht zugelassen oder nur mit Sondergenehmigungen in begrenztem Umfang verfügbar.

1. Was unternimmt die Landesregierung konkret, um den betroffenen Landwirtschaftsbetrieben zu helfen?
 - a) in finanzieller Hinsicht,
 - b) bei der Beschaffung wirksamer Pflanzenschutzmittel.
2. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung konkret, im Interesse einer Schadensbegrenzung auf die Zulassungsbehörde Druck auszuüben und sie aufzufordern, die Prüfung neuer Mittel zu forcieren?
3. Welche Auffassung vertritt die Landesregierung zur Aussage des Landesamtes für Verbraucherschutz, Landwirtschaft und Flurneuordnung, dass in einigen Gebieten Brandenburgs der Rapsanbau prinzipiell gefährdet ist, wenn nicht bis zur Rapsaussaat im August von der Zulassungsbehörde sicher gesagt werden kann, dass es im Jahr 2007 Insektizide gegen den Käfer geben wird?

Datum des Eingangs: 08.08.2006 / Ausgegeben: 14.08.2006

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Was unternimmt die Landesregierung konkret, um den betroffenen Landwirtschaftsbetrieben zu helfen?

a) in finanzieller Hinsicht,

b) bei der Beschaffung wirksamer Pflanzenschutzmittel.

zu Frage 1 a):

Eine Bereitstellung finanzieller Mittel für betroffene Landwirtschaftsbetriebe ist nicht vorgesehen.

zu Frage 1 b):

Grundsätzlich ist die Landesregierung daran interessiert, dass Pflanzenschutzmittel (PSM) mit einer allgemeinen Zulassung in ausreichender Anzahl zum Schutz der Rapskulturen zur Verfügung stehen. Für das Jahr 2007 stehen 7 Insektizide auf der Grundlage der Wirkstoffgruppe der Pyrethroide gegen den Rapsglanzkäfer zur Verfügung.

2005 wurden im nordöstlichen Brandenburg erstmals Resistenzen des Rapsglanzkäfers gegen diese Gruppe von PSM bekannt. Das erfordert, dass neben der weiteren Anwendung dieser zugelassenen Mittel auch Insektizide mit anderen Wirkstoffgruppen eine Zulassung erhalten.

Der amtliche Pflanzenschutzdienst Brandenburg hat daher im November 2005 mit anderen betroffenen Bundesländern, den Herstellerfirmen Bayer CropScience und Spieß-Urania und der Zulassungsbehörde, dem Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit, erste Gespräche über die Bereitstellung von PSM gegen den Rapsglanzkäfer geführt. Der Antrag nach §11/2 Pflanzenschutzgesetz „Gefahr im Verzuge“ für das PSM Biscaya wurde von Brandenburg mit initiiert und dann im Dezember 2005 gestellt. Am 15. Februar 2006 erhielt Biscaya die Genehmigung zur Anwendung auf insgesamt 100 000 ha. Für Brandenburg wurde Biscaya in einem anteiligen Umfang von 10 000 ha bereitgestellt.

Ausnahmegenehmigungen nach § 11/2 Pflanzenschutzgesetz, wie sie auch von Brandenburg für das Jahr 2006 für PSM mit der Wirkstoffgruppe der Neonicotinoide initiiert wurden, sind keine Dauerlösungen für die Landwirte.

Dieser Situation bewusst, hat das MLUV gegenüber dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) mit Schreiben vom 02. Juni 2006 auf die schnelle Zulassung neuer, sich im Verfahren befindlicher PSM gedrungen.

Aktuell kann eingeschätzt werden, dass ein neues PSM mit der Wirkstoffgruppe der Neonicotinoide für 2007 vermutlich die Zulassung für eine zweimalige Anwendung erhalten wird.

Da sich wahrscheinlich die Situation für das Jahr 2007 durch den seit Juni 2006 beobachteten anhaltenden massiven Jungkäferzuflug weiter zuspitzt, werden weitere PSM für die Anwendung in stark befallenen Gebieten erforderlich sein. Der Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz hat sich daher mit Schreiben vom 17. Juli 2006 direkt an den Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz gewandt und um eine gemeinsame Strategie von Bund und betroffenen Ländern zur Bekämpfung des Käfers ersucht. Eine 3- bis 4-malige Anwendung von regulär zugelassenen PSM mit mindestens zwei weiteren unterschiedlichen Wirkstoffgruppen muss den Kern bilden und dauerhaft abgesichert sein.

Trotz der erwarteten Zulassungen werden darüber hinaus für Starkbefallsgebiete (70 bis 100 % Ertragsausfall in 2006) noch Genehmigungen nach § 11/2 Pflanzenschutzgesetz notwendig sein. Für diese Gebiete wird Brandenburg in Absprache mit anderen Bundesländern daher Anträge für die Genehmigung weiterer PSM stellen. Dies ist dem Bundesministerium bereits angekündigt worden.

Des Weiteren werden gegenwärtig Wirksamkeitsversuche mit alternativen PSM durchgeführt.

Frage 2:

Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung konkret, im Interesse einer Schadensbegrenzung auf die Zulassungsbehörde Druck auszuüben und sie aufzufordern, die Prüfung neuer Mittel zu forcieren?

zu Frage 2 :

Die Landesregierung ist im ständigen Kontakt mit dem BMELV und der Zulassungsbehörde. Die Thematik ist sowohl bei der Zulassungsbehörde als auch bei den Pflanzenschutzmittel herstellenden Firmen hinreichend bekannt. Der Antwort zu Frage 1 kann entnommen werden, dass alle Möglichkeiten der Landesregierung ausgeschöpft werden, um den Landwirten rechtzeitig eine Entscheidungsgrundlage für die kommende Saison an die Hand zu geben. Hierzu zählt auch, dem Bundesminister die ernste Situation deutlich zu machen und ihn aufzufordern, seinen Einfluss auf eine Forcierung der Zulassung neuer Mittel auszuüben. Auf das Verfahren der Zulassung selbst kann die Landesregierung keinen Einfluss nehmen.

Weiterhin wurde auf Ersuchen Brandenburgs und anderer betroffener Länder am 01./02.08.2006 ein Fachgespräch zum Thema „Rapsglanzkäfer“ mit der Zulassungsbehörde, den amtlichen Pflanzenschutzdiensten, Herstellerfirmen von Pflanzenschutzmitteln, dem Bauernverband und Rapszüchtern in der Biologischen Bundesanstalt durchgeführt. Die umfassende Auswertung des gegenwärtigen Rapsglanzkäferbefalls und Zusammenfassung und Diskussion der Erkenntnisse zur Resistenzsituation setzen wesentliche Impulse für die Zulassung neuer PSM.

Frage 3:

Welche Auffassung vertritt die Landesregierung zur Aussage des Landesamtes für Verbraucherschutz, Landwirtschaft und Flurneuordnung, dass in einigen Gebieten Brandenburgs der Rapsanbau prinzipiell gefährdet ist, wenn nicht bis zur Rapsausaat im August von der Zulassungsbehörde sicher gesagt werden kann, dass es im Jahr 2007 Insektizide gegen den Käfer geben wird?

zu Frage 3 :

Durch die Landesregierung werden alle Möglichkeiten genutzt, den Landwirten in der ersten Augustdekade eine Aussage geben zu können, über welche PSM sie mit Sicherheit verfügen können. Es wird eingeschätzt, dass der Rapsanbau prinzipiell in Brandenburg nicht gefährdet ist. Da das Auftreten des Käfers starken jährlichen Schwankungen hinsichtlich der befallenen Regionen, dem zeitlichen Verlauf des Auftretens und im zahlenmäßigen Umfang unterliegt, können Vorhersagen zu den erwarteten Befallsgebieten für 2007 nicht getroffen werden.